



**BDI-Statement
zum Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP
Entwurf eines Vierzehnten Gesetzes zur Änderung
des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
(BT-Drucksache 20/3498)**

Öffentliche Anhörung im Bundestag
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und
Verbraucherschutz
26.09.2022

Das aktuelle Rechtsetzungsverfahren zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sowie der Bundes-Immissionsschutzverordnungen soll der Erleichterung des Brennstoffwechsels in Industrieanlagen dienen. Die Bundesregierung will damit das Ziel unterstützen, dass in der Industrie Gas eingespart wird.

Die Unternehmen arbeiten mit Hochdruck daran, sich auf die geänderten Energieversorgungsbedingungen einzustellen. Damit soll Gas eingespart, Arbeitsplätze gesichert und Lieferketten zur Versorgung der Bevölkerung aufrechterhalten werden.

Die Lage auf den Strom- und Gasmärkten ist dramatisch: Immer mehr Betriebe und Unternehmen sind angesichts explodierender Gas- und Strompreise existentiell bedroht. Es drohen dauerhafte Betriebsschließungen, Insolvenzen, der Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand. Es droht eine Deindustrialisierung.

Der Gasverbrauch der Industrie lag im Juli bereits um 21 Prozent unter dem Verbrauch des Vorjahresmonats. Dahinter stehen Energieeffizienzmaßnahmen, aber auch ein dramatischer

Produktionsrückgang. Erste Engpässe in den Lieferketten erleben wir bereits.

Viele Betriebe – insbesondere auch im Mittelstand - könnten und wollen kurzfristig Gas durch Öl ersetzen oder durch andere Brennstoffe wie Flüssiggas. Auch andere Gaseinsparprojekte sind in Planung. All dies ist bisher kurzfristig nicht möglich wegen zu langer Genehmigungsverfahren. Verfahren dauern im Schnitt mindestens 1 Jahr. Die Zeit haben wir nicht.

Es braucht jetzt so schnell wie möglich eine deutliche Beschleunigung bei allen relevanten Genehmigungen. Denn erst wenn eine Genehmigung vorliegt, kann überhaupt angefangen werden zu bauen. Die Projekte müssen aber spätestens zu Beginn des Winters fertig sein, je schneller desto besser.

Nach Ansicht des BDI sind die Gesetzgebungsentwürfe gut geeignet, die Verfahren deutlich zu verkürzen. Die Regelungen sind zeitlich befristet, um in den nächsten zwei Wintern mittels fuel switch zu einer stabilen Versorgung beizutragen. Der Schutz von Mensch und Umwelt ist weiterhin gewährleistet. Es geht hier um die Beschleunigung der Prozesse.

Weitere Rechtsänderungen für die Gaseinsparung in der Industrie sind erforderlich. Hierzu gehören die Änderung der Betriebssicherheitsverordnung durch das Energiesicherungsgesetz, der Erlass der Sonderverordnung für Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sowie Ländervollzugshilfen und Erlasse.

Bundestag und Bundesrat sollten die Entwürfe möglichst zügig und unverändert beschließen, damit die Industrie nun endlich mit dem Brennstoffwechsel und anderen Gaseinsparprojekten beginnen kann.